

Vorwort von Sahra Wagenknecht

Stoppt die digitale Enteignung!

**Google, Facebook und Co. bedrohen die Demokratie:
Das Internet gehört in Bürgerhand**

Die großen Player der Internetwirtschaft sind längst eine Gefahr für die Demokratie. Google, Facebook, Amazon und Co. kontrollieren mit ihren attraktiven Internetdiensten die digitale Öffentlichkeit. Zweifellos erbringen sie Leistungen für die öffentliche Daseinsvorsorge (auf Englisch: Public Utility). Im englischsprachigen Raum wird daher bereits seit einiger Zeit gefordert, digitale Dienste wie Facebook, Google Search oder Twitter öffentlich zu regulieren.

Walter Eucken, ein führender Vertreter der ordoliberalen Wirtschaftstheorie, hätte womöglich einen radikaleren Vorschlag gemacht. Denn eine Kartellpolitik, die sich auf den Missbrauch ökonomischer Macht konzentriert, ging ihm nicht weit genug: »Nicht in erster Linie gegen den Missbrauch vorhandener Machtkörper sollte sich die Wirtschaftspolitik wenden, sondern gegen die Entstehung der Machtkörper überhaupt. Sonst besitzt sie keine Chance, mit dem Problem fertig zu werden.« Dabei hatte der Freiburger Ökonomieprofessor viel kleinere Unternehmen im Auge als die heute weltweit agierenden Internetkonzerne mit ihren Milliardenumsätzen.

Eucken wies der Politik die Aufgabe zu, zu verhindern, dass sich ökonomische Macht überhaupt herausbilden kann. Denn ist

sie erst einmal etabliert, lässt sie sich politisch nicht mehr kontrollieren. Nur durch die Verhinderung von Monopolmacht haben soziale Marktwirtschaft und Demokratie eine Chance, befand er lange vor der neoliberalen Globalisierung und der Herrschaft der Finanzmärkte.

Wie öffentlich-rechtliche Internetdienste aussehen, wie heute noch kommerzielle »soziale Medien« und Suchmaschinen demokratisiert werden könnten, dafür gibt es, das zeigt Thomas Wagner, verschiedene Vorschläge. Sie reichen vom Werbeverbot über die Einführung eines öffentlich-rechtlichen Youtube bis zur Erhebung einer Mediengebühr, die von den Nutzern an nichtkommerzielle Medienprojekte verteilt werden kann.

Über eine demokratische Medienstrategie muss diskutiert und gestritten werden. Fest steht, dass sie dringend geboten ist. Und fest steht auch, dass der durch Programmverantwortliche und Aufsichtsgremien des öffentlichen Rundfunks in Misskredit geratene öffentlich-rechtliche Gedanke dabei zentral ist.

Dabei ist die heute vielfach geäußerte Kritik an der staatsnahen und an Einschaltquoten orientierten Programmgestaltung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens berechtigt. Keinesfalls darf seine gegenwärtige Anbiederung an das Quotendiktat der Privaten ein Vorbild für ein »öffentlicht-rechtliches Internet« sein.

Aber böte die Debatte, die Wagner anregt, nicht auch eine gute Gelegenheit, über die Zukunft des durch unsere Gebühren finanzierten Radios und Fernsehens neu nachzudenken? Bestünde nicht auch hier die Chance für eine demokratische Erneuerung?

Das Ergebnis dieser wichtigen Zukunftsdebatte kann hier nicht vorweggenommen werden. Eines ist allerdings schon jetzt klar: Die Europäische Union muss ihre Liebedienerei gegenüber den vermeintlich freien Märkten bzw. den Banken und Konzernen aufgeben und ihr Wettbewerbsrecht den Erfordernissen eines demokratischen Gemeinwesens anpassen. Daher muss eine digitale Reformstrategie eingebettet werden in den Kampf für den Schutz des öffentlichen Eigentums in der Europäischen Union.

Thomas Wagner fordert mit seiner Streitschrift, aus dem »Internet der Konzerne« ein »demokratisches Bürgernetz« zu machen. Wir müssen, über die Parteigrenzen hinweg, in der nächsten Zeit verstärkt über unsere digitale Zukunft diskutieren. Für diese Debatte gibt er einen wichtigen Anstoß.